

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:  
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60  
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.  
Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Nummer 50.

Berlin, den 13. Dezember 1908.

9. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf. — Ein Geleitwort.  
— Sozialdemokratische Reinigungsversuche. — Rundschau:  
Die „Meisterkreise“. „Streitvereine.“ Arbeitslosenversicherung ist  
Schwindel. Arbeitgeber gegen das Kohlenhydrat und die Koh-  
stoffverbände. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbands-  
nachrichten: Düsseldorf. Hannover. Düsseldorf. Braunschweig.  
Düren. Düsseldorf. Hannover. Krefeld. Köln. Nichtenbusch.  
Olmen. Mecheln. Moleiten. Oepeln. Rastenburg. Schwelm.  
Selm. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. —  
Literarisches. — Bekanntmachung des Hauptvorstandes. —  
Bekanntmachungen. — Anzeigen.

## Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf.

In stark abgeänderter Gestalt ist dem Reichstag nunmehr der Gesetzentwurf über Arbeitskammern zugegangen. Die Kritik, die an dem von der Regierung im Herbst 1907 zur Diskussion gestellten Entwurf geübt worden ist, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Das ist immerhin zu begrüßen.

Der Gesetzentwurf fußt auf paritätischer Grundlage. Es ist somit den Forderungen der Arbeitgeberverbände und der Sozialdemokraten auf Arbeiterkammern keine Rechnung getragen worden. Während das Handwerk im ersten Entwurf ausgeschlossen war, ist es nunmehr mit einbezogen. Die Regierung gibt damit zu, daß den Gesellen in den Gesellenauschüssen nicht die Vertretung der den Arbeitskammern gestellten Aufgaben möglich ist. In Wirklichkeit sind die Gesellenauschüsse ja auch nur eine Dekoration. Die Arbeitskammern sollen ferner auf sachlicher Grundlage errichtet werden, es können auch mehrere verwandte Gewerbebezüge vereinigt werden. Die Errichtung geschieht durch die Landeszentralbehörde, und zwar dort, wo nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Sie sind rechtsfähig.

Den Arbeitskammern wird zur Aufgabe gestellt, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen, und die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wahrzunehmen. Insbesondere:  
Ein gezieltes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;

die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der Arbeitern und Arbeitgebern gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen, die dem sozialen Frieden dienen, durch sachliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezüge in ihrem Bezirk mitzuwirken, sowie Gutachten zu erlassen, insbesondere über den Erlaß von Vorschriften gemäß den §§ 105 d, 105 e, 120 e, 139 a, 154, Absatz 4 der Gewerbeordnung.

Die in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrsstätte;

Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten betreffen, zu beraten;

Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und die allgemeine Wohlfahrtspflege der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

Als Einigungsamt kann die Arbeitskammer angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

Eine Einschränkung enthält der Gesetzentwurf gegenüber dem alten in der Erhebung über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Bezirks. Während das nach dem früheren Entwurf aus eigener Initiative geschehen konnte, soll es jetzt nur auf Ansuchen der Behörde zulässig sein.

Die Arbeitskammern setzen sich zusammen aus einem unparteiischen Vorsitzenden, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf und von der Behörde ernannt wird, und den Mitgliedern, die sich je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen. Letztere werden von ihren Berufsgenossen gewählt.

Da die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften entgegen der ursprünglichen Absicht fallengelassen worden ist, hat das Wahlrecht eine vollständige Umgestaltung erfahren. Wahlberechtigt sind Deutsche beiderlei Geschlechts, die 1. 25 Jahre alt sind, 2. im Bezirk der Arbeitskammern tätig sind, 3. denjenigen Gewerbebezügen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind.

Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche 1. das 30. Lebensjahr vollendet haben, 2. seit mindestens einem Jahr denjenigen Gewerbebezügen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, 3. die in dem, der Wahl vorausgegangenen Jahre für sich oder für ihre Familien Armen-

unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben.

Die Wahlen erfolgen unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitskammer in getrennter Wahlhandlung. Sie sind unmittelbar und geheim. Sie finden nach den Grundrissen der Verhältnisse Wahlberet statt, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem näher zu bestimmenden Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind.

Die Kosten der Arbeitskammern sollen von den Gemeinden getragen werden, in welchen sich Betriebsstätten der in ihr vertretenen Gewerbebezüge befinden, oder Arbeitnehmer der letzteren ihren Wohnort haben. Die Gemeinden haben jedoch das Recht, durch Ortsstatut die Kosten je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erheben. Die Beisitzer erhalten für ihre entstehenden Unkosten Vergütung.

Die Sitzungen der Arbeitskammern sind öffentlich. Bei Gegenständen, die zur öffentlichen Beratung nicht geeignet erscheinen, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Auf den Antrag von zwei Dritteln der Mitglieder muß die Einberufung einer Sitzung der Kammer erfolgen. Beschlüsse können nur gefaßt werden, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Vertreter zu den Sitzungen zu entsenden. Sachverständige können mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden. Beschlüsse, welche die Befugnisse der Arbeitskammern überschreiten oder gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, können vom Vorsitzenden unter Angabe von Gründen beanstandet werden. Die Aufsichtsbehörde entscheidet endgültig über die Beanstandung. Bei Gesetzeswidrigkeiten oder Nichterfüllung der Pflichten kann die Kammer von der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden.

Auf Betriebe, die unter der Heeres- oder Marineverwaltung stehen, finden die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung. Das ist gewiß zu bedauern, und muß aus dem Grunde besonders hervorgehoben werden, als der Staat auch andere in seinen Diensten stehende Berufsstände von manchen Wohltaten der sozialen Gesetzgebung ausschließt. Wir erinnern an den Erlaß bezügl. des Ausschusses der Gewerbeaufsicht in den Eisenbahnbetrieben.

Das wäre im großen und ganzen das Wichtigste aus dem Gesetzentwurf. Auf eine Besprechung der einzelnen Paragraphen werden wir noch zurückkommen. Den Gesetzesmachern bleibt manches zu tun übrig.

## Ein Geleitwort.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem schönsten Familienfeste — Weihnachten. Jung und alt freut sich auf dieses Fest. Das Liebliche und Geheimnisvolle, das ihm innewohnt, verleiht dieser Freude einen besonderen Charakter. Auch die Menschen führt es zusammen. Eine eigenartige Sehnsucht zieht sie nach dem Elternhaus, oder dem Freundeskreis; man will diese Tage im trauten Kreis der Familie, oder der besten Freunde erleben. Die Freude des Wiedersehens wird behaglich geschlürft, vergessen sind die Schmerzen und das Weh, die das Leben draußen in der Welt schlägt. Man will den Augenblick genießen, der durch die Bedeutung des Weihnachtsfestes seine besondere Weihe erhält. Glücklich der Mensch, der in den Alltagsorgen nicht sein Herz hat verhärten lassen, daß es noch edlen und tieferen Regungen zugänglich ist.

Auch unsere Kollegen, zu einem großen Teile, treten nunmehr die Heimreise an. Nach den Entbehrungen des Sommers und dem langen Getrenntsein von der Familie ist ihnen diese Erholung doppelt zu gönnen. Die Kinder freuen sich, daß der Vater wiederkommt, sie haben ja doch so wenig von ihm — die Kleinsten kennen ihn gar nicht mehr. Es ist nun einmal so, daß infolge des Saisoncharakters unseres Gewerbes Tausende treu sorgender Familienväter, die geradezu ein Muster sind, die Annehmlichkeiten des Familienlebens fast ganz entbehren müssen. Aber auch die unberufenen Kollegen freuen sich nicht minder auf das Nachhausegehen, im stillen Vaterhaus lebt's sich ja auch viel frohlicher. Der Herbst mit seinen unangenehmen Begleiterscheinungen drückt auch viel schwerer auf das Arbeitsjoch. Alle Spielgenossen schütteln sich nun wieder die Hände, und im engen Kameradenkreise wird allabendlich von dem Getriebe des modernen Großstadtlebens erzählt, es wird politisiert und über gewerkschaftliche Fragen debattiert. Mit stiller Bewunderung lauschen die anderen, die daheim bleiben und die landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeiten verrichten müssen, mit dem Wunsch im Herzen, das doch auch einmal sehen und hören zu können. Die Glücklichen, sie wissen ja nicht, was damit verbunden ist, wie teuer das alles erkauft wird.

Die Zeit der Ruhe und der Erholung! Damit ist aber keineswegs gesagt, daß nun auch der gewerkschaftliche Geist ruhe, daß er nicht in gleicher Weise tätig sei, wie auch in der Fremde. Nein, im Gegenteil! Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß unsere heimreisenden Kollegen gerade die Winterzeit zur Erfrischung

Ausbreitung unseres Verbandes benutzt haben. Damit bin ich bei dem angelangt, was ich den Kollegen zu Ruh und Frommen sagen möchte; denn ich nehme an, daß der gleiche Geist auch heute noch unter den Kollegen waltet, ja, jetzt erst recht, wo wir infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Posten sein müssen. Diesen Geist in die richtigen Wege zu leiten, damit der Erfolg ein sicherer und dauernder ist, dem müssen wir unsere ungeteilte Aufmerksamkeit zuwenden.

In den meisten Orten sind die Kollegen zur Gründung von Winterzählstellen übergegangen. Sie dienen dem Zusammenhalt, der Beleh-ung, der Agitation und der Kontrolle. Ein übliches Beginnen, das allwärts durchgeführt werden sollte. Da spielen nun so manche kleine menschliche Eigenschaften eine Rolle, die die Einigkeit und die wirksame Durchführung der gestellten Aufgabe erschweren. Zunächst das Versammlungslokal. Der eine hat sein Stammlokal, das gewöhnlich in seinem Ortsviertel liegt, hier, der andere dort. Freundsliche oder feindselige Gesinnung gegen den einen oder anderen Wirt, oder auch den oder jenen Ortsangehörigen, läßt manches Wirtshaus meiden. Sind nun in einem Orte die Kollegen auf ein Versammlungslokal nicht zu vereinigen, dann wechselt man einfach ab. Es kommt dann jeder auf seine Rechnung, und werden Mißstimmigkeiten vermieden. Treibe man aber auch keinen Mißbrauch mit den Versammlungen. In ländlichen Orten ist meist um 10 oder 11 Uhr Feierabend in den öffentlichen Lokalen. Da werden nur bei öfteren die Versammlungen bis 12 oder 1 Uhr des Nachts ausgedehnt. Das erregt Anstoß und bereitet Kergernis sowohl bei den eigenen Angehörigen wie auch beim Ortsvorsteher und nicht minder beim Geistlichen. Manche freuen sich darüber, daß eine geschlossene Gesellschaft mehr Recht hat, als ein Dorfbürgermeister sich einbildet. Das ist heimliche Schadenfreude. In solch ausgedehnten Versammlungen wird praktische Gewerkschaftsarbeit kaum geleistet, sie bilden höchstens Vorhieb zum Trinken. Wenn eine Versammlung um 8 Uhr beginnt, und es wird dabei geschäftsmäßig verfahren, kann dieselbe spätestens 11 Uhr erledigt sein. Dadurch werden wir uns keine Sympathie verschmerzen, wir werden im Gegenteil welche dazu gewinnen. Ohne den Kollegen das Versammlungsrecht schmälern zu wollen, halte ich das zu sagen für notwendig.

Auch das Feiern von Stiftungsfesten kann ich nicht gut heißen. Es liegt auch gar kein Bedürfnis dafür vor. Ich gönne jedem Freude und Vergnügen, besonders der Jugend, aber andere Vereine und der Faschachtsrummel tun heute darin gewiß schon genug, ohne daß auch wir noch eigene Festlichkeiten zu veranstalten brauchen. Und müssen es denn immer öffentliche Lustbarkeiten sein? Kann nicht durch einen Lichtbildervortrag oder ein gutes Theaterstück Herz und Gemüt viel eher auf seine Rechnung kommen? Gewiß kann es das, und unseren Bestrebungen wird damit viel mehr gedient.

Einige Worte zu der Behandlung der der Organisation Verlorengegangenen. Es ist gewiß zu bedauern, wenn Arbeiter ihrer Organisation, die in unserer Zeit eine absolute Notwendigkeit ist, den Rücken kehren. Mancher wechselt seine Arbeitsstelle und gerät unter Indifferente; statt nun jene für die Organisation zu gewinnen, geht er ihr selbst verloren, das Beispiel der anderen verleitet ihn dazu. Andere werden nachlässig im Beitragszahlungen oder treten gar aus. Sollen wir diese nun gleich Verlorenen behandeln? Ich meine nicht. In den kleinen ländlichen Verhältnissen, wo einer den andern und dessen Familienverhältnisse bis ins Feinste kennt, greift eine schlechte Behandlung viel tiefer und wird um so bitterer empfunden. Ist es doch schon vorgekommen, daß beim Eintreten eines solchen Kollegen in ein Wirtshaus die anwesenden Organisierten von ihm abrückten, oder durch Gesten und Gebärden ihrem Unwillen Ausdruck gaben. Das darf bei christlichen Gewerkschaftlern nicht vorkommen. Ein gutes Wort findet auch einen guten Ort. Das dürfte auch hier Geltung erlangen, wenn man es versteht, diese Kollegen in richtiger, allerdings auch entschiedener Weise, von ihrem Fehler zu überzeugen.

Ich redete oben von Lichtbildervorträgen usw., also gewissermaßen Volkshilfsabenden im kleinen. Zweckmäßig wird es sein, wenn hier Arbeitervereine und Gewerkschaften zusammengehen, wenn es zu einer solchen Veranstaltung kommen sollte.

Zu der Arbeitervereinsfrage in den ländlichen Orten überhaupt möchte ich noch einige Bemerkungen machen. Vielfach glaubt man auch heute noch bei den maßgebenden Stellen, Arbeitervereine seien auf dem Lande nicht notwendig. Die religiöse Erziehung im Elternhaus und die Kausal genügend, um die Jugend vor falschen Einflüssen in der Fremde zu schützen. Täusche man sich doch nicht, zumal man die Gefahr nicht aus eigener Anschauung kennt. Es ist heute notwendiger denn je, daß der Geistliche mit den Arbeitern überhaupt, besonders mit der Jugend in nähere Verbindung und persönliche Beziehung tritt und sie in den einschlägigen sozialen und apologetischen Fragen unterrichtet. Mancher Arbeiter und junge Mann betrachtet dann nicht mehr den Geistlichen als eine fremde Person, vor der man eine gewisse Scheu hat, nein, er wird ihm dann ein Ver-

trauer. Manches Mißverständnis wird dann auch nicht entstehen können. Und sind heute die Arbeitervereine zur Überwindung der Abwandernden nicht eine zwingende Notwendigkeit? O, daß doch alle dies erkennen möchten. Wie mancher Selbstliche und wie manche Eltern mußten schon erleben, daß die jungen Leute bei ihrer Heimkehr im Herbst nicht mehr das waren, als was sie im Frühjahr weggegangen waren. Hat man nach der Ursache geforscht? Vielleicht ja, vielleicht auch nicht. Sie ist so leicht zu erkennen und mit nur wenig gutem Willen durchzuführen: Gründet Arbeitervereine auch auf dem Lande, in denen die soziale und apologetische Schulung gepflegt wird, und wendet die Mitglieder in die christlichen Gewerkschaften. Sei jeder Kollege in diesem Sinne tätig, gebt den Anstoß dazu, wo es nötig ist und helft mit durch eure tatkräftige Hilfe. Nehmt euch vor allem der Jungen an.

Das sei das, was ich den Kollegen zur Beherzigung sagen möchte. Wir bleiben demnach im Industriegebiet, und arbeiten hier in unserem bekannten Sinne. Die Arbeitslosigkeit schlägt uns harte Wunden, aber das kann uns nicht abhalten, in der alten, gleichen Weise für unsere Organisation tätig zu sein. Im Frühjahr treffen wir uns wieder und hoffen dann zu beiden Teilen unsere Schuldigkeit getan zu haben, wie es Zeit und Umstände von uns erfordern.

### Sozialdemokratische Reinigungsversuche.

Der Artikel in Nr. 46 der „Baugewerkschaft“ unter der Überschrift „Sozialdemokratischer Arbeiterinnenhaß“ hat die sozialdemokratische Presse in nicht geringer Verlegenheit versetzt, und um diese zu verbergen, ergeht sie sich in den wilden Angriffen gegen uns. „Entweder handelt es sich bei dem Reichlichen Kommissionsmitglied, von dem jener Bericht (in der „Baugewerkschaft“, die Red. d. „Baugewerkschaft“) herührt, um eine stark ausgebildete Unfähigkeit, die Ausführungen eines Redners richtig wiederzugeben, oder um bewusste Unwahrheit.“ — so lesen wir in dem Kölner Sozialistenblatt, der „Rheinischen Zeitung“ vom 5. Dezember etc. Zum Beweise für seine Darlegungen zitiert das „Gewissen“blatt die Ausführungen Stadthagens bei der zweiten Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle im Plenum des Reichstages vom Montag, den 30. November d. J. Nach der „Rheinischen Zeitung“ führte er da aus:

„Wir sind gegen das Tragen von Materialien auf Bauten. Der ursprüngliche Antrag ging ja bei weitem zu weit, da nach seiner Fassung auch die Reinigungsarbeiten verboten worden wären. Aber diejenigen Arbeiten, die den weiblichen Organismus gefährden, wie das Tragen schwerer Lasten, sind nicht einmal in Bayern verboten worden, obwohl dort, besonders in München, der Anflug bestehen soll, daß die Frauen mit Tragen von schweren Lasten beschäftigt werden.“

Hier also redet Stadthagen von Arbeiten, die dem weiblichen Organismus gefährden. In der Kommission polemisierte Stadthagen jedoch gegen den christlichen Arbeiterführer, der gerade das Schlimmste von Materialien auf Bauten seitens der Arbeiterinnen geschilbert hatte, und das unbedingt verboten werden mußte. Stadthagen hat ausdrücklich gesagt, so schlimm sei das nicht, wie der betr. Redner es dargelegt habe. Diese Mörkel- und Steinträgerinnen seien der Arbeit wohl gewachsen und man dürfe diese Arbeiten den Arbeiterinnen nicht wegnehmen, da sie dasselbe Recht auf Arbeit hätten, wie die Männer. In der Antwort auf diese Ausführungen Stadthagens hielt ein Fraktionskollege des christlichen Arbeiterführers Herrn Stadthagen vor, daß seine Partei genosseninilli Braun das Stein- und Mörkeltragen als höchst gesundheitsgefährlich hingestellt habe, somit über diese Arbeiten anders urteile wie Stadthagen. Diese letzteren Darlegungen wären doch unmöglich und lächerlich gewesen, hätte Stadthagen nicht vorher das Mörkeltragen der Frauen verteidigt.

Noch aus: Die antragstellende Partei hatte, um den Einwänden entgegenzukommen — durch den ursprünglichen Antrag wurde auch das Reinigen von Bauten seitens der Arbeiterinnen verboten — ihren Antrag dahin modifiziert, daß „das Lastentragen von Frauen auf Bauten aller Art“ verboten werden solle. Trotzdem stimmte Stadthagen schließlich gegen den Antrag — nur einmal wurde über den Antrag abgestimmt — Rollenhuber enthielt sich der Abstimmung, während Schmidt (Berlin), Mitglied der Generalkommission, für die Annahme des Antrages sprach und auch dafür stimmte. Wenn die Darlegungen unseres Artikels in Nr. 46 der „Baugewerkschaft“ nicht richtig sein sollen, wie erklärt sich dann die sozialdemokratische Presse die Zersplitterung der drei sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder bei der Abstimmung in drei Teile? Wie ferner, daß Schmidt (Berlin), einer der drei Genossen in der Kommission, anderes redete, nämlich für den Antrag des Verbois, wie Stadthagen? Übrigens sagt die „Rheinische Zeitung“ ihren Lesern nichts von der Zersplitterung der Genossen bei der Abstimmung in der Kommission. Das ist doch bezeichnend. Fürchte die „Rhein. Zeitung“, daß dann ihre Leser sich doch ihre eigenen Gedanken gemacht hätten?

Es bleibt dabei, alles, was wir in unserem Artikel in Nr. 46 der „Baugewerkschaft“ über den sozialdemokratischen Arbeiterinnenhaß gesagt haben, ist Wort für Wort wahr. Will die „Rheinische Zeitung“ dafür den zugehörigen Beweis, dann mag sie aus Gelegenheit dazu geben. Dann wird sich zeigen, wer bewirkt die Unwahrheit sagt.

### Rundschau.

Die „Meistervereine“. Am 29. November feierte in Genua, die wir dem „Spartanischen Allgemeinen Anzeiger“ entnehmen, die im vorigen Jahre gegründete Bauhandwerkerbund (S. 26) ein erstes Jubiläum. In ihrer Ansprache wies der Vor-

sitzende des Bundes darauf hin, wie im September vorigen Jahres sich eine Anzahl Maurer und Zimmerer zur Gründung des Bundes vereinigt hätten, dessen Zweck u. a. auch der sei, etwaige Differenzen mit den Meistern auf friedlichen Wege zu schlichten, unbekümmert darum, daß sie deshalb von ihren gegnerischen Kameraden abel angesehen würden. Die Ansprache klang aus in einem dreimaligen Hoch auf die Kasse. Maurermeister Frner dankte im Namen der Innungsmeister den meistertreuen Arbeitern. Die Innung freute sich über die Bestrebungen und den Zweck des Bundes, der heute seinen ersten Geburtstag feiere und der auf die Sympathie der Meistererschaft rechnen könne. Sein Hoch galt dem ferneren Gelingen des Bundes.

Das klingt gewiß sehr verständig, daß man etwaige Differenzen mit den Meistern auf friedlichem Wege schlichten will, auch wenn man deshalb von den gegnerischen Kameraden abel angesehen würde. Da wird doch niemand etwas dagegen haben, wenn sie das wollen, Hauptsache aber ist, daß sie auch etwas dabei erreichen. Und das ist entscheidend. Wenn aber nun die Arbeitgeber auf friedlichem Wege nichts bewilligen, was dann? Die „Selben“ bleiben auch dann „friedlich“, und wenn andere Organisationen streiken, dann sind sie „meistertreu“, d. h. arbeitswillig. Darum, und nur darum bekunden die Arbeitgeber ihre Sympathie mit dem gelben Bauhandwerkerbunde.

„Streikvereine“ (Etwas für „Sty Berlin“). Wenn auch die Einsicht in das Wesen und die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren in merkbarer Weise zugenommen hat, so sind doch Fälle keine Seltenheit, in welchen noch immer die Gewerkschaften lediglich als „Streikvereine“ gewertet und demgemäß behandelt werden. Wie verkehrt eine derartige Beurteilung der Gewerkschaften ist, lehrt mit aller Deutlichkeit der Passus in dem neuesten Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für Bremen, der über die Streiks und Aussperrungen berichtet. Nachdem dieser Beamte festgestellt hat, daß Arbeitgeber und Arbeiter mehr und mehr bemüht seien, die gegenseitigen Rechte zu achten und nicht mehr unbedeutende Ursachen zu folgen-schweren Kämpfen auszuwachsen zu lassen, schreibt er:

Ein nicht geringes Verdienst an der Besserung dieser Verhältnisse gebührt ohne Frage den Organisationen der Arbeitgeber sowohl als auch denen der Arbeiter, deren Leistungen nicht nur eine sachlichere Führung der Verhandlungen bei einmal ausgebrochenem Kampf gewährleisten, sondern die auch mit Hilfe ihrer Autorität, Kenntnis der Abjah- und Marktverhältnisse unbedenken Schritte und absichtsloses Beginnen ihrer Mitglieder zu verhindern und unbedingte Ansprüche abzulehnen imstande waren. Daß dies im Berichtsjahre durch die Arbeiterverbände geschehen, sei besonders hervorgehoben. Die nicht selten gebrauchte Bezeichnung „Streikvereine“ für die Organisationen der Arbeiter entbehrt so allgemein gebraucht unter allen Umständen der Berechtigung und kann nur dort einen Widerhall finden, wo für wirklich berechtigtere materielle, soziale oder sittliche Forderungen der Arbeiter kein Verständnis vorhanden ist oder wo man nicht begreift, daß die Berufsverbände für die Arbeiter die einzige Möglichkeit bieten, ihre wirtschaftliche oder soziale Lage verbessern zu helfen. Die Tatsache, daß Druck (hier die Verteuerung der Lebensverhältnisse) unbedingte Gegenbrud (hier Forderung höherer Löhne usw.) erzeugen muß, findet durch die unaußsprechliche Bestätigung der Arbeitervereine eine unumstößliche Bestätigung. Solche objektiven Worte von amtlicher Seite können für eine richtige Beurteilung der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit nur nützlich sein, wie sie andererseits die Klugheit und Kurzsichtigkeit der Stellung jener Kreise beleuchten, die mit Schlagworten wie „Streikvereine“ die unausbleiblichen Organisationserscheinungen des wirtschaftlichen Lebens abtun zu können hermeinen!

Arbeitslosenversicherung ist Schwindel. sagt der bekannte Dr. Alle, der Vorsitzende der saararabischen Scharfmacher. Die Maßnahmen der Gemeinden zur Linderung der Arbeitslosennot haben den Herrn förmlich aus dem Häuschen gebracht.

In seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ (Nr. 154) ereifert er sich in den Tönen höchster Entrüstung speziell über die Straßburger Einrichtung, die er als „unerhörtes Vorgehen“ hinstellt:

Arbeitslosenunterstützung ist eine Armenunterstützung so gut wie jede andere, auch wenn sie sich noch so sehr unter die heuchlerische Maske einer angeblichen Arbeitslosenversicherung verzieht. Es hat noch keine Arbeitslosenversicherung gegeben, wird keine geben und kann keine geben. (!) Ebenso gut könnte man eine Versicherung gegen den Konjunkturrückgang einführen wollen. Die fleißigen fleißigen Lohnarbeiter würden niemals freiwillig dazu zu bringen sein, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, weil sie die Arbeitslosigkeit nicht zu fürchten haben. (!) Diefelbe trifft ungeschminkt nur die schlechtesten Lohnarbeiter, und diese werden schwerlich die Mittel haben, solche Beträge in eine Versicherungsskisse zu zahlen, daß sie aus derselben während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit unterhalten werden könnten. Alle Arbeitslosigkeitsversicherung ist Schwindel.

Herr Alle arbeitet mit gutem Geschick daran, daß ihn keiner mehr ernst nimmt. Er scheint sich in der Rolle des scharfmacherischen Towns gut zu gefallen. Und mag er nur so weiter hüpfen, wenn er Freude an seinen Sprüngen hat. Man laßt doch darüber, wenn es auch nur ein mitleidiges Lächeln ist.

Arbeitgeber gegen das Kohlenyndikat und die Kohstoffverbände. Syndikate und Kartelle in wohlverstandenen Sinne geleitet, können segensreich für die Gesundheit eines Landes werden. Daß sie das heute im allgemeinen nicht tun, ist bekannt; darum auch eine dauernde Kritik ihrer Maßnahmen. Neuerdings befaßte sich der Bund der Industriellen mit dem Kohlenyndikat und den Kohstoffverbänden. Nach einem Referate über die Kohlen- und Eisenfrage des Syndikats genannten Verbandes Dr. Schneider auf der am 24. November in Berlin stattgefundenen Generalversammlung wurde folgende Erklärung angenommen:

In der willkürlichen Verteuerung wichtiger Rohstoffe, insbesondere von Kohlen, Eisen und Halbzeug, sowie in ihrer übermäßigen Stellung bestimmter Kohstoff-Syndikate und in ihrer Preispolitik erblickt der Bund der Industriellen eine schwere Gefährdung der weiterverarbeitenden Industrien. Angehört der hohen Bedeutung, die gerade die weiterverarbeitende Industrie für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben und für Deutschlands Stellung im Weltmarkt hat und in Zukunft noch mehr haben muß, ist es dringend notwendig, ihr Schutz gegen den Druck der Rohstoffverbände zu gewähren. Der Bund unterstützt deshalb die Bestrebungen zahlreicher Werke, der eisenerarbeitenden Industrie der reinen Holzwerke und sonstiger Halbzeugverarbeiter, die gegenwärtig durch die Preispolitik, besonders des Stahlwerkbundes und der großen gemischten Werke, in eine schwere Krise, teilweise fast bis zum Erliegen, gebracht worden sind. Der Bund fordert daher von der Regierung geeignete Maßnahmen zum Schutz jener Werke. Der Bund hält es ferner für notwendig, nochmals in aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck an die Kohlenyndi-

kate die Aufforderung zu richten, in ihren Preisfestsetzungen und Lieferungsbedingungen die Bedürfnisse der kohlennverarbeitenden Industrie und die Rückschlüsse des Geschäftsganges mehr als bisher zu berücksichtigen. Das Festhalten der teuren Kohlenpreise trotz des starken Rückganges der Konjunktur ist von der gesamten verarbeitenden Industrie als Notstand empfunden worden und hat bei Ertrag vieler Unternehmungen beeinträchtigt. Gleichzeitig richtet der Bund das dringende Ersuchen an die Landesregierungen, die Kohlenpreise ihrer Staatsbahnen und die Kohlenpreise der fiskalischen Gruben mehr als bisher im Sinne der kohlennverarbeitenden Industrie zu gestalten.

Inzwischen hat das Kohlenyndikat eine Preisverabsehung angekündigt. Ob die Kohstoffverbände folgen, ist zweifelhaft. Das beeinträchtigt unsere Industrie nicht nur sehr, auch die wirtschaftliche Auffschwung wird dadurch immer weiter hinaufgeschoben.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperret sind: die Firma Benzen in Wehrath b. Düsseldorf, die Firma Wellener in Castrof, die Firma Over in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages. Zugang ist ferngehalten.

### Bezirk Köln.

#### Errichtung des Einigungsamtes für den rheinischen Vertragsbezirk in Köln.

Im § 8 Absatz 5 des Tarifvertrages für Maurer, Zimmer- und Bauhilfsarbeiter heißt es: „Für den rheinischen Vertragsbezirk ist bis zum 1. November 1908 ebenfalls ein Einigungsamt zu errichten; bis dahin kann die Bearbeitung der Streitfälle, wie bisher den Ovmännern überlassen bleiben.“ Beide Parteien waren sich darin einig, daß es zweckmäßig sei, wenn das Einigungsamt die Sitz in Köln erblickt und von der Stadt Köln übernommen wird. Ueber die Person des Vorsitzenden gingen die Meinungen auseinander. Man einigte sich dann auf den Vorsitzenden der sozialpolitischen Kommission, Herrn Beigeordneten Fuchs. Dem gemeldeten Antrag an die Stadtverwaltung auf Uebnahme des Einigungsamtes auf die Stadt, hat die Kölner Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember zugestimmt. Der Oberbürgermeister Waltrick wies bei dieser Gelegenheit auf die Wichtigkeit des Vorgehens und des notwendigen Friedens in diesem Gewerbe hin. Zuständig für das Einigungsamt in Köln sind die Tarifbezirke: Bonn Stadt und Land, Köln und die eingemeindeten Vororte, Mühlheim Rheinisch, Wilsdorf, Schlebusch, Kappelerweg, Beverfusen, Opladen, Rodelsrieden, Krefeld Stadt- und Landkreis, Düsseldorf Stadt- und Landkreis einschließlich Ober- und Niederkauffel, Geldern, Walsdorf Stadt- und Landkreis, Goch, Summe r. d. a. Kreis, Jilden Stadt, Jülich Kreis, Neuf Stadt- und Landkreis.

### Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

#### Erfolge der Hausagitation.

Gewonnen wurden durch Hausagitation in Oberelß: Polmar 7, Mühlhausen 3, Ribisheim 2, Dornach 1, Brunstadt 2 Kollegen.

#### Zimmerer.

Düsseldorf. Am 21. November fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftsbericht, 2. Festsetzung der Winterbeiträge, 3. Aufstellung eines Vertreter für die bevorstehende Krankenkassenwahl der freien Bau-Innung, 4. Vortrag, 5. Vorstandswahl. Zum Geschäftsbericht teilte Kollege Kolb mit, daß die Pluktuation in diesem Jahre eine große gewesen sei. Zugereist seien 31 Kollegen aber auch bereits ebensoviele seien abgereist. Uebergetreten von sozialdemokratischen Verband sind vier. Ausgetreten ist ein Mitglied und ein Kollege mußte laut Statut ausgeschlossen werden. Mitgliederversammlungen wurden im Laufe des Jahres 23 abgehalten. In diesen Versammlungen wurde meistens ein Vortrag gehalten. Ein Wechsel im Vorstand trat ein, weil Kollege Lang nicht mehr im Arbeitsverhältnis beschäftigt war. Mit den Unternehmern konnte trotz zweimaliger Verhandlung kein Vertrag zustande kommen, weil die Bedingungen stellen, die nicht anzunehmen waren. Die Winterbeiträge wurden für arbeitende Kollegen auf 40 Pfg. wöchentlich festgesetzt. Arbeitslose haben sich auf dem Bureau zu melden und brauchen bei nicht über vierzehntägiger Arbeitslosigkeit nur 20 Pfg. pro Woche zu zahlen. Als Vertreter zur Krankenkasse wurde Kollege Norbert-Schulte gewählt. Kollege Meister hielt dann einen Vortrag über das bevorstehende Jahr. Den anwesenden Frauen legte er nahe, mehr wie bisher die Organisationen und ihre Bestrebungen fördern zu helfen. In den neuen Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender Wiltz, Viehhaus, zweiter Fried. Beder; erster Kassierer Alex Schiffer, zweiter Michael Trappen; erster Schriftführer Hugo Kolb, zweiter Julius Müller. Zu Revisoren wurden die Kollegen Fröhlich und Schulte gewählt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Hannover, 14. November. Auf der Tagesordnung der diesjährigen Generalversammlung standen folgende Punkte: 1. Jahresbericht der Zahlstelle, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende Kollege Hildebrandt gab zunächst einen kurzen Jahresbericht. Es fanden im verfloffenen Jahre 18 Mitgliederversammlungen statt. In mehreren Versammlungen wurden lehrreiche Vorträge gehalten. Leider ließ der Besuch der Versammlungen teilweise zu wünschen übrig. Der Vorsitzende appellierte auch an die Mitglieder, doch immer rege und pünktlich zu den Versammlungen zu erscheinen; denn es ist nicht genug, daß man seine Beiträge entrichtet und sich sonst um nichts kümmert und denkt, zu den sonstigen Arbeiten ist der Vorstand da. Dieses darf unter allen Umständen nicht eintreten, sondern die Mitglieder müssen mit dem Vorstande Hand in Hand arbeiten, um dadurch mehr Lust und Liebe zur Organisation herbeizuführen. Der Mitgliederbestand im verfloffenen Jahre war stark schwankend. Dieses ist auf die schlechte Konjunktur hier im Baugewerbe zurückzuführen. Auch haben wir hier immer noch stark zu kämpfen mit den freien Verbändlern. Der Kassenbericht wird in einer späteren Versammlung bekanntgegeben. Kollege Hildebrandt ersuchte dann, bei der Vorstandswahl von seiner Person Abstand zu nehmen, da es ihm nicht möglich wäre, im kommenden Jahre den Posten als erster Vorsitzender zu bekleiden. Es gingen aus der Wahl hervor: als erster Vorsitzender Adam Streder, wohnhaft Lindenberg; als erster Schriftführer Konrad Streder, wohnhaft Linden; als erster Kassierer Wendelin Appel, wohnhaft Linden, Charlottenstr. 65, als Revisoren die Kollegen Andreas Kopp und Karl Armbrust. Sämtliche Gewählte nahmen das Amt an und versprachen voll und ganz für die Interessen des Verbandes einzutreten und auch immer pünktlich zu den Sitzungen zu erscheinen. Im Verchiedenen wurde noch auf merksamer gemacht auf die Agitation, und den Kollegen aus Herz gelegt, dieselbe überall zu betreiben, besonders die Jungstellen aufzuklären und unserem Verbandsbeizuführen. Um für einen leistungsfähigen Nachwuchs zu sorgen. Auch wurden die ab-

senden Kollegen ermahnt, sich doch regelrecht und pünktlich abzumelden, damit die Bücher immer in Ordnung sind. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten schloß dann der Vorsitzende die diesjährige Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung.

**Fliessenleger.**

**Düsseldorf.** Am Sonntag, den 15. Nov., wurde auf das Drängen mehrerer Kollegen die sonst im Januar stattfindende Generalversammlung abgehalten. Tagesordnung war: 1. Geschäftsbericht über das verlossene Jahr, 2. nochmalige Kartellung der Streikabrechnung, 3. Bericht über die Konferenz der Fliessenleger in Essen, 4. Festsetzung der Winterbeiträge, 5. Vorstandswahl. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende Lehmann einen Überblick über das verlossene Jahr. Es sei trotz der schlechten Konjunktur und des Vorgehens der Arbeitgeber vieles errungen worden. Er dankte allen denjenigen, die bestrebt gewesen sind, an der Wahrung der Interessen unseres Verbandes mitzuarbeiten. Punkt 2 war schon lange Gesprächsstoff mancher Kollegen. Während des Streiks sind in eigener Regie durch die gemeinsame Streikleitung Arbeiten ausgeführt worden. Der Ueberchuß dieser Arbeiten sollte an die freireisenden Kollegen und die Verbandskasse gezahlt werden. Dieser Beschluß ist man auch, soweit es möglich war, nachgekommen. Mit der heiligen Ortskantonskasse, welche die Arbeiten am Gesehensheim in Höljel ausführen ließ, konnte aber bis zur Stunde noch nicht abgerechnet werden. Die Kollegen gehen nun auf den Arbeitsplätzen mit allerlei Geschäften hausieren. Stäntern gegen den Vorstand und haben sogar ihre helle Freude darüber empfunden, Unternehmern gegenüber ihren Unwillen gegen den Vorstand kund zu tun. In der heutigen Versammlung, zu der die Kollegen schriftlich eingeladen waren, und wo die Sachlage nochmals kargelegt werden sollte, glänzten diejenigen, die ihr verwerfliches Handeln verantworten wollten, durch Abwesenheit. Es wurde die Streikabrechnung nochmals verlesen und die gestellten Fragen beantwortet. Kollege Schwarz erstattete nun den Bericht der Konferenz. Besonders habe sich die Konferenz befaßt mit dem zukünftigen Einigungsamt und der Befestigung desselben. Man habe hierbei die am Streik beteiligten Mitglieder der Organisationskommission zuerst berücksichtigt. Auch die Schlichtungskommissionen-Mitglieder nebst Obmannern seien bestimmt worden. Ueber die Beschaffung des Protokolls der Verhandlungen mit den Unternehmern sei man sehr mitgekämmt, da selbiges durch den Stenographen angefertigt 1000 M. kosten sollte. Auch die Einhaltung des Tarifs ließ viel zu wünschen übrig. Manche Unternehmer versuchten selbst die Schlichtungskommissionenbeschlüsse zu ignorieren. Zu Punkt 4: Winterbeiträge, wurde beschlossen, den Beitrag auf 30 Pf. zu setzen, wovon 15 Pf. an die Verwaltung abzuführen sind. Von der Vorstandswahl wurde Abstand genommen, da der Besuch der Versammlung ein zu geringer war. Kollege Schwarz wurde als Kartell- und Verwaltungsstellendelegierter gewählt. Klage wurde geführt über die Zustellung der Zeitungen durch die Hauskassierer. Hoffentlich wird diese Klage ein Ansporn sein, daß es in Zukunft besser wird. Nachdem noch Bekanntschaft gegeben war, daß am Sonntag, den 6. Dezember, die nächste Versammlung stattfindet, zu der Bezirksleiter Lange sein Erscheinen zugesagt hat, wurde die Versammlung geschlossen.

**Maurer.**

**Braunschweig.** (Maurer.) Am 18. November (Sonntag), nachmittags 3 1/2 Uhr, fand in Stadt-Helmsbüttel unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und gab den Jahresbericht über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle. Im 2. Punkte wurde der Kassienbericht vom 3. Quartal verlesen. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig befunden zu haben und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl gingen hervor als 1. Vorsitzender Kollege R. Piepenbring, als 2. Vorsitzender Koll. Heinrich Hofmann, als 1. Kassierer Koll. Th. Verlach, als 2. Kassierer Koll. Adolf Dieblich, als 1. Schriftführer Joseph Spieß, als 2. Schriftführer Franz Silber, als Revisoren die Kollegen Joh. Döring und Franz Dieblich. — Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Winter je eine Monatsversammlung abzuhalten. Darauf ermahnte der Vorsitzende die jüngeren Kollegen, an dem Unterrichtskursus teilzunehmen, damit sie sich reger an der Diskussion beteiligen und eventuell einen Vortrag halten können, um den Vorstand damit zu entlasten. — Mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaft wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Düren.** Jüngst fand hier unsere Verwaltungsstellenkonferenz statt. Kollege Kalz berichtete über den Stand der Zahlstellen. Nach dem Bericht war zu konstatieren, daß dort, wo von den Vorstandsmitgliedern gearbeitet worden ist, auch die Zahlstellen sich auf der Höhe gehalten und sogar Erfolge gehabt haben. Wo indes nicht gearbeitet worden ist, da haben die Zahlstellen den Krebsgang angetreten. Kollege Kalz hat, ihn doch in der Agitation mehr zu unterstützen. In der Zahlstelle Düren haben die Vorstände gut mitgearbeitet, daher befindet sich dieselbe auf dem Vormarsch. In Niederzieher sei es schwer, überhaupt einen Vorstand zu erhalten. Die Arbeit beruht dort nur auf einem oder zwei Kollegen. Die Zahlstelle Jülich habe am schlimmsten gelitten. Dort zahlen die Mehrheit der Unternehmer nicht den Tariflohn. Statt, daß die Kollegen ernstlich vorgehen, und ihr Recht fordern, zögen sich dieselben feige zurück und schimpften über den Verband. Dieselben hätten eine vollständige falsche Vorstellung von dem Verbande, indem sie den Verband als etwas „Fremdes“ ansähen, der ihnen, ohne persönliche Mühe und ohne Opfer zu bringen, alles in den Schoß werfen solle. Daß die Kollegen selbst die Organisation bildeten, wolle ihnen nicht einleuchten. Die älteren Kollegen schimpften auf die jüngeren, die jüngeren hingegen sagten, sobald die älteren mitrücken, sind wir gern dabei. So scheiden es die einen auf die anderen, und dadurch kommt keine Einigkeit zustande. In Schopphoven habe man die Hauskassierung vernachlässigt, wodurch die Kollegen in Mitleid gekommen sind. Der Vorstand sei ergängt, so daß sich Schopphoven wohl wieder erholen werde. In Wärgentich sei die alte Mitgliederzahl noch vorhanden, jedoch müsse hier tüchtig gearbeitet werden, da noch viele Kollegen zu gewinnen wären. — Der Kassierer, Kollege Nießen, teilte mit, daß, wenn man in Betracht ziehe, daß im vorigen Jahre durch die Extrabeiträge mehr Geld einkommen mußte, der Kassienverhältnisse nach, in Düren die Organisation sich gut entwickelt habe. — Bezirksleiter, Kollege Lange, gab Aufklärung über die Verhältnisse in Jülich und hob besonders hervor, daß in Jülich alles getan sei, jedoch die Kollegen trauten einer dem anderen nicht. Jeder sei ängstlich. Mehrere Male habe er sich an den Unternehmer Dreesen und an den Arbeitgeberverband gewandt. Doch die Unternehmer sagten: Was wollen Sie? Unsere Leute sind mit dem Lohn vollständig zufrieden. Bei den tariffrüchtigen Unternehmern müße kein Mundspitzen, da müße geffissen werden. Es sei eine Schande, daß die Kollegen den Knappen Lohn von 40 und 30 Pf. nicht durchsetzen. Alle waren sich dahin einig, daß im kommenden Frühjahr, wo der Lohn laut Tarif von 40 bzw. 30 Pf. auf 42 bzw. 32 Pf. erhöht werden müße, sofort energisch vorgegangen werden soll. — Bezüglich der Einleitung der Lohnbewegung in Düren und Eibösig sollen in Kürze Vertrauensmännerversammlungen stattfinden, um sich Klar zu werden, über die Höhe der Forderung und der Schritte, die unternommen werden sollen. In allen Orten soll mit der Hausagitation eingeleitet werden. Die Anwesenden versprochen alle ihre Mitwirkung. Es wurde dann noch der glänzende Sieg bei der Gewerbegerichtschaft besprochen. Des weiteren ermahnten die

Kollegen Kalz und Wilms auch bei den Krankenkassenwahlen energisch mitzuarbeiten. Kollege Kalz teilte noch mit, daß in Schoppweiler drei Viertel der Delegierten der Ortskantonskasse aus Bauarbeitern besteht sei. Vom Kollegen Fretabenhoven wurde noch angeregt, ob es nicht angängig sei, Schritte zu unternehmen, daß auch für den Kreis Jülich ein Gewerbegericht errichtet würde. Der Frage soll näher getreten werden. Kollege Lange wies noch auf die Winteragitation hin. Hierauf wurde die Verwaltungsstellenkonferenz geschlossen.

**Düsseldorf.** Auf der Tagesordnung der diesjährigen General-Versammlung der Maurer stand folgendes: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassienbericht vom dritten Quartal, 3. Festsetzung der Winterbeiträge, 4. Vorstandswahl, 5. Verschiedenes. Zum Geschäftsbericht führte Kollege Meister aus, daß wie alle übrigen Berufe so auch die Maurer zurückgegangen seien. Der Bestand der Mitglieder im dritten Quartal ist 342 gegen 420 im vorigen Jahr. Aufgenommen wurden 70, gestorben sind 14, ausgetreten 5, ausgeschieden wurden 3, konfirmierte Versammlungen 5, Vorstandswahlungen 12. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. An Sperrern und Streiks ist besonders zu erwähnen die bei der Firma Jansen, welche in Venrath ihren Anfang nahm und sich auch später auf die Arbeiter in der Stadt ausdehnte. Die Firma lehnte es ab, in Venrath den tariflichen Lohn von 60 Pf. zu zahlen. Selbst das heilige Gewerbegericht hatte in der Angelegenheit versagt. (Siehe „Baugewerkschaft“ Nr. 37.) Auch die Firma Schumann darf zu den tariffrüchtigen Unternehmern gezählt werden. Während des Fliessenlegerstreiks glaubte sie Maurer zu Plattenlegerarbeiten kommandieren zu dürfen. Die Leute verweigerten natürlich die Arbeit und wurden entlassen. Die Schlichtungskommission stellte die ungerechte Entlassung fest und beschied die Wiedereinstellung der Leute. Die Firma Schumann lehnte den Kommissionsbeschuß ab. Die Diablonisinen-Anstalt in Kafferswerth mußte ebenfalls gesperrt werden, weil Unternehmer Hellmann aus Gilden nicht den tariflichen Lohn zahlte. Eine Dortmunder Firma Namens Schütter führte eine größere Arbeit am hiesigen Hafengelände aus. Dieselbe stellt absichtlich keine Düsseldorf Arbeiter ein, bezahlt auch nur Dortmunder Tariflohn und schickt die Arbeiter von dort nach hier. Auch die Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden wurde im Sommer weit überschritten. Zu bedauern ist, daß die Maurer zum größten Teil organisiert waren, aber es nicht einmal für notwendig hielten, sich bei der Ortsverwaltung anzumelden. Erst nachdem die Organisationen gemeinschaftlich mehrere Male durch den Arbeitgeberbund vorstellig wurden, änderte man das System. Der Kassierer Weidenbusch gab zum zweiten Punkt den Kassienbericht: Die Einnahmen der Verwaltungsstellenkasse und Hauptkasse waren 1462,50 M., die der Lokalkasse inf. 1029,81 M. Kassienbestand 1328,01 M. Die Ausgaben der Verwaltungsstellen- und Hauptkasse betragen 1100 M., der Lokalkasse 150,04 M., somit Bestand für das nächste Quartal 1177,97 M. An die Verwaltungsstellenkasse bleibt noch zu senden 362,50 M. Die Revisoren erklärten, die Kasse sowie Bücher in bester Ordnung befunden zu haben und wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Eine heftige Debatte entstand bei Festsetzung der Winterbeiträge. Der Vorstand empfahl der Versammlung eine 25-Pf.-Marke zu legen, die notwendig sei, um die Kosten des Bureaus in den Wintermonaten decken zu können. Auch die abreisenden Kollegen müßten dazu beitragen, da auch ihre Interessen durch die Verwaltungsstelle gewahrt würden. Doch der Vorstand hatte die Rechnung ohne die Opposition gemacht. Die Winterzahlstellen wurden hartnäckig verteidigt, die Sekretariate müßten hochgehalten werden, der Vorstand und die Berliner Herren hätten gut reden, da ja auf den General-Versammlungen die Beamten die Rebeschlächt hielten und demgemäß Beschlüsse gemacht würden. Wieder andere glaubten, mit 15 Pf. Beitrag wie vor 10 Jahren die Welt erobern zu können. Bezirksleiter Lange gab dann auch in längerer Ausführung den diesermäßen denkenden Kollegen die richtige Antwort. Der Antrag des Vorstandes wurde abgelehnt, dagegen 20 Pf. mit Stimmenmehrheit angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß die abreisenden Kollegen, solange sie hier sind, 20 Pf. pro Woche zu zahlen haben, bei der Abmeldung 1 M. Die übrigen Marken können in der Winterzahlstelle gefleht werden. Sind bei der Rückkehr im Frühjahr dieselben nicht gefleht, müßten sie nachgezahlt werden, und zwar so, daß 2,40 M. für den Winter gezahlt sind. Alle Abreisenden erhalten im Mitgliedsbuch einen Stempel mit dem Vermerk „Verpflichtungen in der Verwaltungsstelle erfüllt“. Zu Punkt 4 Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit wenig Änderung wiedergewählt. Ein Antrag des Kollegen Müller, dem 1. Vorsitzenden für seine Tätigkeit und Mithaltung im verlossenen Jahre ein Dankesgeld von 25 M. zu bewilligen, wurde angenommen. Kollege J. Bringmann als 1. Vorsitzender dankte für diese Anerkennung und gab das Versprechen ab, auch fernerhin seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Wegen vorgerückter Stunde wurden einige Punkte bis zur nächsten Versammlung verschoben.

**Hannover.** 12. November. In unserer heutigen Mitglieder-versammlung stand auf der Tagesordnung: 1. Abrechnung der Zahlstelle und Verwaltungsstelle vom letzten Quartal. 2. Neuwahl der Beschwerdekommision, Kontrollkassiere und Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes. Die Einnahme der Verwaltungsstellenkasse betrug 4636,95 M., davon sind eingekandt 3580,95 M., mithin müßen noch 1106 M. eingekandt werden. Die Einnahme der Zahlstellenkasse betrug 234 M., die Ausgabe 447,95 M. Dem Kassierer wurde, nachdem er den Kassienbericht verlesen und die Revisoren die Richtigkeit bestätigt hatten, Entlastung erteilt. Nach dem Kassienbericht des Verwaltungsstellenkassierers stellte sich die Einnahme der Zentralkasse auf 4853,22 M., davon sind eingekandt 3265,70 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 2618,76 M., und die Ausgaben 1348,45 M., bleibt Bestand für das nächste Vierteljahr 1270,31 M. Die Revisoren hatten den Kassien- und Markenbestand für richtig befunden und durch Namensunterschrift beglaubigt. Im Punkt 2 wurden gewählt zur Beschwerdekommision die Kollegen Dietrich, Kopp, Jung, Scheide und Weirich. Zum Kontrollkassierer der Kollege Werner. Wegen zu schlechten Besuchs der Versammlung mußte die Wahl der Kartelldelegierten bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Im Verschiedenes wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß der Kollege Ferner von den „Genossen“ in Selze terrorisiert wurde und seine Arbeit verlassen mußte. Der Kollege Freye brachte vor, daß vor kurzem eine Hölzerarbeit im hiesigen Stadtpark fertiggestellt worden sei, trotzdem die Hölzerer sich im Streik befanden. Die Christlichen hätten erst den Namen wieder hergeben müßen, und als die Sache richtig untersucht wurde, waren es nur „Genossen“ von der „freien“ Gewerkschaft, die den Streikbrecher gemacht haben.

**Krefeld.** Ende Oktober wurde hier eine Bautenstatistik aufgenommen, die sich auf Maurer und Hilfsarbeiter erstreckte. Eine solche Feststellung war notwendig, um einerseits die Bautätigkeit, andererseits die Organisationsverhältnisse genau festzustellen. Die Statistik erstreckte sich auf die Stadt Krefeld, ohne die eingemeindeten Bororte. Ermittelt wurden 65 Baustellen, davon waren im ersten Geschoß 15, im zweiten Geschoß 14, im dritten Geschoß 15, im Rohbau fertiggestellt 13 und 8 Umänderungen. Beschäftigt waren daran 32 Poliere, 151 Gesellen, 166 Hilfsarbeiter und 37 Sechselinge. Organisiert sind: Christlich: Poliere 4, Gesellen 45, Hilfsarbeiter 24; Sozialdemokratisch: Poliere 2, Gesellen 49, Hilfsarbeiter 45; unorganisiert: Poliere 26, Gesellen 67, Hilfsarbeiter 97. Die Bautätigkeit ist in diesem Jahre merklich zurückgegangen.

Eine große Zahl Kollegen sind arbeitslos, andere sind zu anderen Berufen übergegangen, besonders zur Landwirtschaft. Wie die Bautätigkeit im vergangenen Herbst zurückgegangen ist, ist die Zahl der organisierten Kollegen zusammengeschrumpft. Durch die Arbeitslosigkeit hat sich eine große Mühseligkeit unter den Kollegen bemerkbar gemacht. Eine trübe Begleitercheinung bedeutet die große Zahl der unorganisierten Arbeiter. Rund 50 Prozent der Maurer und Hilfsarbeiter stehen jeglicher Organisation fern. Die Arbeitgeber beschäftigen mit Vorliebe ländliche Arbeiter. Was es aber heißt, diese ländlichen Bauarbeiter auf linken Niederrhein zu organisieren, kann derjenige sagen, der täglich diesen „Reinigen Boden“ bearbeitet. Der Tarifvertrag wird, soweit organisierte Arbeiter in Frage kommen, im allgemeinen immer hoch gehalten. Der Betrag soll für den Stadt- und Landkreis Krefeld Billigkeit haben, jedoch war es uns durch den schlechten Geschäftsgang bis jetzt nicht möglich, denselben in den Außenorten durchzusetzen. Sobald die Konjunktur sich wieder heben wird, soll das Versäumte nachgeholt werden. Sämtliche Arbeitgeber, die den Betrag nicht innehalten, gehören dem Arbeitgeberverband nicht an. Der Arbeitgeber-Verband im Uerdingen, der dem Arbeitgeberverband angehört hatte, erklärte seinen Austritt aus dem Bunde, als er aufgefordert wurde, den Tariflohn zu zahlen. Ein Hüller Unternehmer, der zurzeit einige Bauten hier ausführt, zahlt seinen tüchtigsten Maurern noch einen Tageslohn von 4,50—4,80 M. bei 11stündiger Arbeitszeit. Es handelt sich hierbei lediglich um unorganisierte Arbeiter, die dem Unternehmer ihre Arbeitskraft 12—18 Pf. die Stunde billiger verkaufen. Trifft man an solche Musterknaben heran, um sie auf die Bestrebungen der Organisation aufmerksam zu machen, so bekommt man als Antwort: „Wir trinken lieber Schnaps dafür, als wie in den Verband zu gehen, und jede Woche 60 Pf. zu zahlen“. Solche Arbeiter vergessen dabei ganz, daß sie sich selbst dadurch pro Tag um 1,20—1,80 M. schädigen. Wahrscheinlich sind solche Menschen nicht mit Sündigkeit geschlagen? Auch hier kann nur unermüdete Kleinarbeit helfen, bevor eine Verbesserung eintritt. Würden sich mehr Kollegen um die Agitation kümmern, dann könnte ein solches Heer von unorganisierten nicht vorhanden sein. Die Interesslosigkeit ist so groß, daß es sehr an Vertrauensleuten mangelt, sogar zum Austragen der „Baugewerkschaft“. Selbst der Beamte ist vielfach gezwungen, den Posten als Kassierer, trotz seiner vielen Arbeiten, zu übernehmen. Die Bautätigkeit scheint im nächsten Frühjahr eine bessere zu werden. Die Stadt Krefeld errichtet eine höhere Mädchenschule, die mit 1 Million M. für Bauarbeiten veranschlagt ist. Eine neue katholische Kirche soll zum Frühjahr im östlichen Stadtteil errichtet werden, wie auch die Bauingenieurgesellschaft 20 Wohnhäuser ausführen läßt. Auch die Privatbautätigkeit scheint besser zu werden. In den eingemeindeten Bororten wird zum kommenden Frühjahr von einer starken Bautätigkeit berichtet. Am neuen Rheinhafen sollen zwei Deel- und eine Traubennühle errichtet werden, wo die Bauarbeiten immer zwei Jahre in Anspruch nehmen dürften. Auch in Uerdingen ist die Errichtung einer katholischen Kirche im Norden der Stadt beschlossen worden, die schon zum Frühjahr ebenfalls in Angriff genommen werden soll. Die schlimmen Verhältnisse der Bevölkerung, die dort sehr unter Wohnungsmangel zu leiden hat, soll dadurch gehoben werden, daß die Stadt ein neues Baugelände im Norden der Stadt freigelegt hat. Die Parzellen sollen zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, damit es den Minderbemittelten ermöglicht wird, sich ein Heim zu errichten. Alles in allem scheint die Bautätigkeit sich bedeutend zum Frühjahr zu bessern. Deshalb, Kollegen, haben wir gar keine Veranlassung, mutlos zu sein, viele mehr frisch ans Werk.

**Bonn.** Am letzten Sonntag fand unsere vier-teljährliche Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle statt. Beim Verlesen der Präsenzliste stellte es sich heraus, daß, trotzdem schon mehrfach von Seiten des Vorstandes auf die Wichtigkeit dieser Sitzungen aufmerksam gemacht worden ist, wiederum eine Anzahl Zahlstellen nicht vertreten waren. Der Vorstand der Verwaltungsstelle ersucht alle Kollegen dringend, in Zukunft Regelmäßigkeit zu fordern von den Delegierten. Diese Sitzungen müssen unbedingt von jeder Zahlstelle besucht werden, weil in diesen Sitzungen bindende Beschlüsse für alle Zahlstellen gefaßt werden, und zweitens Bericht über den Stand unserer Bewegung innerhalb der Verwaltungsstelle gegeben wird. Wenn etwas dazu angetan ist, Fühlung zu nehmen zwischen den einzelnen Zahlstellen, des weiteren gemachte Erfahrungen auszutauschen, dann in diesen Sitzungen. Diejenigen Zahlstellen, die bei der nächsten Sitzung nicht betreten sind, sollen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht werden. — Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Becker. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Lohnbewegung in Berg- Gladbach, der Streik der Fliessenleger und die Tarifbewegung der Stukkateure zum Teil noch in die Berichtszeit gefallen ist. Die Tariferneuerung der Stukkateure sei am 13. Oktober geschehen, falls also in das vierte Quartal. Bemerkenswert und nicht zu unterschätzen sei es, daß selbst bei der diesjährigen unglücklichsten Bautätigkeit auch bei diesen Lohnbewegungen Vorteile für die Kollegen errungen werden konnten. — In bezug auf den Bauarbeiterstreik scheint die schlechte Konjunktur ebenfalls nachteilig zu wirken. Die Unfälle, meistens schwerer Natur, hätten eher zu- als abgenommen. Hier dürfte die Selbsthilfe nicht erlahmen. Getadelt wurde scharf, auch in der Diskussion, daß zum Teil an städtischen, als an den Staatsbauten, den Bauten der Garisontverwaltung, fast ausschließlich ausländische Arbeiter weit unter den festgesetzten Tariflöhnen beschäftigt wurden, während hiesige einheimische Arbeiter ohne jede Beschäftigung seien. Den Kassienbericht gab Kollege Day. Nach demselben betragen die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse vom dritten Quartal 6893,72 M. Die Einnahme der Verwaltungsstellenkasse betrug 4362,31 M. Die Ausgabe 1749,74 M. An Kantenerunterstützung wurden während des Quartals 411,45 M. für Sterbefürsorge 250 M. gezahlt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung sowie der Kasse. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Gerügt wurde vom Kollegen Day, daß einzelne Zahlstellenkassierer sich nicht daran gewöhnen wollten, die Abrechnung rechtzeitig fertigzustellen. In Zukunft würde er ohne Rücksicht darauf, ob die säumigen Zahlstellen abgerechnet hätten oder nicht, die Abrechnung der Verwaltungsstelle absenden. Die Geschäftsführung im Kassienwesen müßte daher eine entschieden bessere werden, die Kollegen müßten sich mehr an Pünktlichkeit gewöhnen. Es wurde sodann nach lebhafter Debatte beschlossen, daß das Eintrittsgeld 1,10 M. betragen soll. Die 60 Pf. müssen in die Verwaltungsstellenkasse und werden durch drei Stück Agitationsmarken zu 20 Pf. quittiert. Dieser Beschluß war in der Sitzung des ersten Quartals angefaßt, der drohenden Aussperrung gefaßt, aber nicht von allen Zahlstellen durchgeführt worden. In Zukunft muß diesem Beschluß auch Folge geleistet werden. Nach Erledigung der ge-festeten Anträge und nach einem Mahnwort des Vorsitzenden, auch während des kommenden Winters in der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht zu erlahmen, schloß derselbe gegen 6 1/2 Uhr die Sitzung.

**Lichtenbusch.** Eine außerordentliche Versammlung, welche gut besucht war, befaßte sich mit dem Ergebnis der stattgefundenen allgemeinen Vorstandssitzung, in welcher mehrere Zahlstellen vertreten waren. Es handelte sich um die Neu-regelung des Winterbeitrags. Nachdem vor einiger Zeit unsere Versammlung schon einmal über die Winterbeiträge sich für 10 Pf. pro Woche entschieden hatte, wurde, nachdem eine neue Situation seit der letzten Ausschusssitzung eingetreten ist, heute von neuem über diese Frage beraten. Nachdem Bericht erstattet war, welche Gründe uns veranlaßten, eine neue Regelung des Winterbeitrags vorzunehmen, wurde einstimmig beschlossen, den Winterbeitrag auf 20 Pf. pro Woche festzusetzen. Es wurde

besonders auf die Ursachen hingewiesen, welche einen höheren Beitrag notwendig machen. Der Vorstand der Verwaltungsstelle habe berichtet, daß eine ganze Reihe Kollegen aus verschiedenen Zahlstellen sich an der Winterbeitragspflicht von 10 Pf. pro Woche vorbeigedrückt habe. Durch diese Pflichtvergessenheit sei die heutige Lage des Sekretariats zu erklären. Möge in Zukunft jeder Kollege seine Winterbeitragspflicht erfüllen in dem steten Bewußtsein, daß davon die Existenz der Geschäftsstelle abhängt. Die Versammlung erklärte einstimmig, nach Kräften dafür einzutreten, daß jeder Kollege seine Pflicht erfülle.

**Sünen.** Am Sonntag, den 15. November, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Eröffnung derselben gedachte der Kollege Petri in warmen Worten der verunglückten Bergleute auf Zeche Radob und bat die Kollegen sich zu Ehren der Verunglückten von ihren Plätzen zu erheben. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Vorstandswahl. Dasselbe war in der am 1. September stattgefundenen Generalversammlung bis zur heutigen Vertagt worden. Aus der Wahl ging hervor: als 1. Vorsitzender Koll. August Erb, als 2. Vors. Anton Janfort, als 1. Kassierer wurde Koll. Witte wiedergewählt, als 2. Kassierer Friedrich Thöne, als 1. Schriftführer Josef Neumann, als 2. Schriftführer Gustav Kriesen. Sämtliche Kollegen versprachen nach besten Kräften für die Organisation zu arbeiten. Hierauf referierte Kollege Petri über die Bedeutung der Gewerbevereine und forderte an Schluß die Kollegen auf, schon jetzt für die demnächst stattfindende Gewerbevereinswahl zu agitieren. Im Punkt Geschäftliches wurde scharf gerügt, daß der Unternehmer Notwendigkeits ertheilt, daß der Unternehmer Notwendigkeits ertheilt, daß der Unternehmer Notwendigkeits ertheilt. (Es war dies die Verdrückung des Kollegen Post.) Wir wollen die Ausdrücke des Unternehmers, denen er sich bediente, nicht wiedergeben. Unsere Kollegen von Sünen werden sich diesen Ton, den die Unternehmer in diesem Jahre anschlagen, merken und werden sich immer fester zusammenschließen, um so dem Wackelbündel der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Das Jahr 1908 und auch die Krisis wird vorübergehen. Das Linrecht, was uns in diesem Jahre zuteil wird, werden wir nicht vergessen. Hoffentlich wird diese Versammlung gute Früchte bringen.

**Neuchâtel.** Unsere Versammlung am 29. November war sehr gut besucht. Zum ersten Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Derselbe wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Wahl des Vorstandes gingen hervor als 1. Vorsitzender Hubert Kreutzen, 2. Vorsitzender Pet. Kohl; als 1. Kassierer Wilh. Schwanen; als Schriftführer Wilh. Kohl; als Revisoren Hubert Ploem und Hermann Joha. Zu Hauskassierern meldeten sich freiwillig die Kollegen Wilh. Schwanen, Joh. Kohl, Gottfried Lennart, Hub. Kreutzen, Michael Mohlen. Dann brachte der Vorsitzende Koll. Ploem die schlechte finanzielle Lage unseres Sekretariats zur Sprache, wie durch dessen letzte Abrechnung bewiesen sei. Eine Vorstandssitzung von mehreren Zahlstellen, die vom Vorsitzenden der Verwaltungsstelle einberufen worden war, habe sich mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, einen Winterbeitrag von 20 Pf. zu erheben. Er bat die Kollegen, diesen Vorschlag anzunehmen. Die weiteren Aufklärungen über die ganze Angelegenheit würde Kollege Bücher, welcher mittlerweile auch eingetroffen war, geben. Alle Kollegen sprachen sich dafür aus. Es wurde darauf einstimmig beschlossen, den Winterbeitrag auf 20 Pf. festzusetzen mit dem Vorbehalt, daß auch andere Zahlstellen dieses durchführten. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, wurde ein Mitglied in den Verband aufgenommen. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

**Ritoleiten (Ostpr.).** Auch in unserem Städtchen konnte am Sonntag, den 15. November, eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes gegründet werden. Daß hier nicht schon früher der gewerkschaftliche Gedanke sich Bahn gebrochen hat, liegt wohl hauptsächlich daran, daß wir mit der Eisenbahn noch nicht verbunden sind; die nächste Bahnstation ist Sensburg, 24 Kilometer von hier entfernt. Nachdem nun zwei Sensburger Kollegen, Gräber und Besjollek, am Sonntag vorher hier gewesen waren, und mit verschiedenen Kollegen Rücksprache genommen hatten, wurde zum 15. November eine Versammlung anberaumt, wozu der Herr Pfarrer Böhler bereitwilligst den Saal des evangelischen Gemeindehauses zur Verfügung gestellt hatte. Außer den beiden Sensburger Kollegen war der Bezirksleiter Schönkeas aus Königsberg als Referent erschienen. Derselbe sprach über Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation, und welcher Organisation wir uns anschließen sollten. Der Erfolg war, daß sich sofort 13 Kollegen dem Verbands anschlossen. Zum provisorischen Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Aug. Potalla als erster Vorsitzender, Karl Strobusch als erster Kassierer und Karl Gregoritz als Schriftführer. Da hier am Orte über 100 Maurer und Zimmerer sind, so versprachen alle Kollegen, eine kräftige Hausagitation zu entfalten, um baldmöglichst alle Kollegen unserem Verbands zuzuführen. Nachdem Kollege Schönkeas noch versprochen hatte, vor Weihnachten noch einmal nach hier zu kommen und eine Versammlung abzuhalten, erfolgte um 5 Uhr Schluß der Versammlung.

**Doppel.** Am 15. November hielt unsere Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung im Schützenhause ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom letzten Quartal. 2. Vortrag des Kollegen Golla (Schoppinzig). 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 verlas der Kassierer den Kassenbericht. Einnahme für die Zentralkasse 304,64 M., Ausgabe für die Lokalkasse 72,66 M.; Ausgabe für die Lokalkasse 71,97 M.; Bestand der Lokalkasse für das nächste Quartal 0,69 M. Zu Punkt 2 berichtete Kollege Golla, daß auf der Autonomen Bezirkskonferenz die Erhebung eines Bezirksbeitrages beschlossen wurde und wie die Winteragitation betrieben werden soll. Von der Autonomen Bezirkskonferenz erhaltene Delegierter Wulff den Bericht über die Mitgliederzahl in Oberpöhlen. Am 1. Juli 1906 waren 529 Mitglieder vorhanden; Eintrittsmarken wurden verkauft 351 Stück; am 1. Januar 1907 waren es 687 Mitglieder, Eintrittsmarken wurden verkauft 20. Am 1. Juli 1907 waren es 1197 Mitglieder, Eintrittsmarken wurden verkauft 670. Im Durchschnitt gerechnet waren 981 Mitglieder vorhanden. In Punkt Verschiedenes hatten wir über den Bezirks- und Winterbeitrag zu beraten. Zu einem Beschluß kamen wir nicht, weil zur Versammlung nur sehr wenige Kollegen erschienen waren. Daraus sieht man, daß sich die Doppelten Kollegen für unsere gute Sache sehr wenig interessieren. Mit einem dringenden Appell an die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Wappenberg.** Vor einigen Wochen waren die Blätter der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände darüber außer Fassung geraten, daß ein christlicher Agitator es gewagt hatte, in ihre Reihen zu gehen, um für den christlichen Bauhandwerkerverband Propaganda zu machen. Man machte sofort alles möglich. Die roten Gauleiter hielten Versammlungen, um vor den christlichen Kollegen zu machen. Aber es half alles nichts; in einer Versammlung am 1. September, in welcher Kollege Pallmer (Königsberg) über die Notwendigkeit der christlichen Organisation sprach, konnte die Gründung einer Zählstelle vorgenommen werden. In der Mitgliederversammlung am 9. November war auch unser Bezirksleiter, Kollege Schönkeas, erschienen, und gab uns praktische Rats in den einzelnen Organisationsfragen. Die Stimmung unserer Wappenberg Kollegen ist gut, und so wird sich auch diese neue Verwaltungsstelle entwickeln, zum großen Vergnügen der oppositionellen roten Gewissen. Der Vorstand besteht aus

den Kollegen: Rudolf Strich, Vorsitzender; Aug. Müller, Kassierer und Belgard als Schriftführer.

**Schwelm.** Unsere diesjährige Generalversammlung war von der Hälfte der Mitglieder besucht. Eingang wurde mitgeteilt, daß seitens des Kartells ein Interdiktionskursus errichtet wird, an dem sich die Bauhandwerker beteiligen sollen. Der vorgeschlagene Lokalbeitrag wurde angenommen. Kollege Jenz-Hagen erstattete Bericht von der Bezirkskonferenz, und legte den abwesenden Kollegen ans Herz, sich beim Vertrauensmann abzumelden, damit ihnen das Fachorgan nachgeschickt und im Frühjahr Arbeitsgelegenheit vermittelt werden könne. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 41. An die Verwaltungsstelle wurden 969,87 M. abgeführt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 147,47 M., der eine Ausgabe von 124,13 M. gegenübersteht. In den Vorstand wurden gewählt: Jos. Danz, erster, Heinrich Haubhoff, zweiter Vorsitzender; Wilh. Ernst, Kassier; Fritz Ernst, Schriftführer; als Revisoren Jos. Mühsam, Joh. Knacker; zu Kartellbelegierten Fritz Ernst, Jos. Mühsam, Joh. Knacker, Heinrich Haubhoff. Die Zählstelle Schwelm hat ein schwieriges Jahr hinter sich. Die Schwierigkeiten ergaben sich aus der Durchführung des Tarifs, bzw. Nichterhaltung der Arbeitszeit. Besonders erschwert wurde uns die Durchführung durch den Polier Wöllinger aus Hainzell b. Fulda, mit seiner Kolonne Maurer. Sie sind nun verschwunden, und hat sich der Unternehmer Müller nunmehr geäußert, daß er die alten Leute wieder einstellen will.

**Selm.** In einer gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege Petri (Dortmund) über das Thema: Welche Vorteile bietet uns die Organisation. Der Redner zog einen Vergleich zwischen den früheren Verhältnissen und jetzt. In Selm wurde der Lohn innerhalb zweier Jahre um 7 Pf. erhöht, und die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Er wies jedoch auch auf den Vertragsbruch der sozialdemokratischen Maurer bei dem Unternehmer Kortmann hin, die die Arbeitszeit auf 11 Stunden verlängerten. Der hier bestehende Vertrag läuft mit dem 1. April nächsten Jahres ab, und gilt es jetzt, die Vorarbeiten zum Neuaufschluß eines Vertrages zu machen. Über auch auf anderen Gebieten arbeitet die Organisation. Das zeigt sich am besten durch die Tätigkeit unserer Kollegen in der Innungskrankenkasse, wo das Krankengeld um 1 M. pro Tag erhöht worden ist. Die Kollegen versprachen in der Diskussion eifrig für den Ausbau der Organisation einzutreten zu wollen. Drei Kollegen ließen sich aufnehmen.

## Soziale Wahlen.

**Alteneffen.** Bei der am Freitag, den 27. November, stattgefundenen Ortskrankenkassenwahl wurden 344 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Liste der christlichen Kandidaten 206 Stimmen, auf die der Genossen 135. Ungültig waren drei Stimmen. Die „Genossen“ hatten bei dieser Wahl verzweifelte Anstrengungen gemacht. Wenn die „Genossen“ auch dieses Mal von einem Kaputt schlagen der Wahlurne, wie vor zwei Jahren, Abstand nahmen, so konnten sie ihre Stimmenzahl doch nur um 15 steigern, während die christlichen Stimmen sich um 61 vermehrten.

**Duer.** Bei den Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht Duer siegte die Liste der christl.-nat. Arbeiter. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß in der nächsten Zeit die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse stattfinden; auch hier müssen wir uns zeigen und alle zur Wahl gehen, damit die Vertreter aus den Reihen der christlichen Arbeiter hervorgehen.

**Gladed.** (Ortskrankenkassenwahl.) Am Sonntag, den 27. November, fand die Wahl der Vertreter der hiesigen Ortskrankenkasse statt. Zum ersten Mal beteiligte sich die organisierte Arbeiterchaft an der Wahl. Es wurden 26 Vertreter gewählt. Von 137 abgegebenen Stimmen fielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaft 95, auf die der „freien“ 42 Stimmen. Somit hat die Liste der Christlichen doppelt so viel Stimmen aufgebracht, wie die der „Freien“. Von den beiden Parteien wurde intensive agitatorische Kleinarbeit geleistet. Glauben doch die Genossen vor der Wahl schon, im Besitz der Krankenkasse zu sein. Wie bitter war deshalb am Wahltage ihre Enttäuschung. Jedoch einschläfern wird uns auch dieser Erfolg nicht, den Gegner wird die christliche Arbeiterchaft niemals unterschätzen.

**St. Jüngert (Walg).** 1. Dezember. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse St. Jüngert, die gestern abend stattfand, siegte die Liste der christlichen Arbeiter über die sozialdemokratische Liste mit einer Majorität von 55 Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 510. Es wurden insgesamt 299 Stimmen abgegeben. Zur Wahl standen 57 Vertreter. Die Liste der christlichen Gewerkschaften erhielt 161 Stimmen, die der Sozialdemokraten 106 und die Liste der „unabhängigen Arbeitnehmer“ (gelbe) 32 Stimmen. Die unabhängigen Arbeiter hatten die Lächer auf ihrer Seite, wenn man bedenkt, daß es ihnen nicht möglich war, so viel Stimmen aufzubringen, als Vertreter aufgestellt waren. Die Unternehmer haben mit ihrer gelben Garde wirklich kein Glück. Es wäre ja schön gewesen, die Krankenkasse mit diesen „Wölfen der Nation“ zu besetzen. Es hat nicht sollen sein. Bekanntlich war diese Vertreterwahl die erste, die in St. Jüngert getätigt wurde. Auf Antrag der christlich-nationalen Arbeiterchaft wurde vor kurzer Zeit die Errichtung einer Ortskrankenkasse vorgenommen. Bisher hatte nur eine Gemeindefrankenkasse bestanden. Besonders hervorzuheben ist zu werden verdient das Verhalten der Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbandes, die ohne direkt beteiligt zu sein, tatkräftig mitarbeiteten. Ein Bravo diesen Mitkämpfern! Der Wahlerfolg wurde ein bedeutend größerer gewesen sein, wenn nicht vor einiger Zeit bei Eintritt des ersten Frostes eine große Anzahl unserer Kollegen nach ihrer Heimat zurückgekehrt wäre. Die Genossen hatten wie überall im geheimen gearbeitet und glaubten nun, uns plötzlich überrumpeln zu können. Dies ist jedoch dank der Mitarbeit aller Kollegen verhindert worden. Für die Zukunft heißt es daher, noch mehr wie jetzt auf dem Posten zu sein, damit uns das Ertrugene durch unsere Gegner nicht entzogen werden kann.

## Von den Arbeitsstellen.

**Dortmund.** An den Neubau der Eisenbahn-Wagenbauanstalt stürzten ein Maurer und Bauhilfsarbeiter vom Gerüst und erlitten beide schwere Verletzungen. Einer mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Eine Bauhilfsarbeiterin leidet man in Dortmund nicht, und die Gewerkschaftsbeamten werden als Hezer und Faulenzer bezeichnet, wenn sie auf die Mißstände hinweisen. Hier muß Wandel geschaffen werden.

**Dortmund.** Die Germania-Brauerei läßt zurzeit durch den Bauunternehmer Hoppe einen großen Bau ausführen. Derselbe ist bis zum Aufbruch fertig gestellt. Die eiserne Dachkonstruktion wird von der Firma Junco hergestellt und waren drei eiserne Winder verlegt worden. An der Giebelwand, die bereits 12 Meter über die letzte Decke hochgeführt war, waren die Maurer mit Hochröhren beschäftigt. Dieses Gerüst wurde nur mit dem nächsten Winder durch zwei Ränge verbunden und durch Stöße befestigt. Hi-ranf wurde die Leiter zum Materialfordern aufgestellt. Der Winder war aber nicht genügend abgesteift und hielt so dem Druck nicht stand. Als nun die Bauarbeiter mit Material zum ersten Male die Leiter kletterten, gab der Winder nach und wurde das Gerüst mit in die Tiefe gezogen. Fünf Mann trugen Verletzungen davon, zwei mußten mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Die sämtlichen Winder sowie das Gerüst sind zusammengebrochen. Wenn die Decke nicht standgehalten hätte,

wäre das Unglück bedeutend größer geworden, da unten in der Maurer am Arbeiten waren. In diesem Jahre zeigt es sich recht deutlich, wie notwendig Arbeiterkontrollen aus den Reihen der Arbeiter sind; dann würde manches Unglück vermieden werden können. (Zöblicher Unfall.) Der Maurer Nikolaus Jahn, welcher als Maurer auf Zeche „Alma“ in der Grube beschäftigt war, geriet am Mittwoch dadurch zu Tode, daß sich ein Stein aus dem Hangenden löste und den Unglücklichen erdrückte. Jahn war verheiratet und hinterläßt eine Witwe mit drei Kindern. Am 5. d. M. fiel der Dachbeder Kollege in Miede bei Reparaturarbeiten sehr unglücklich aus einer Höhe von ungefähr 10 Meter. Er erlitt dabei einen Beinbruch, zwei Armbüche und eine schwere Verletzung am Kopfe. Kollege Miede, Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe der Dachbeder.

## Literarisches.

**Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1909.** Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Ostdeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert — 40 Pf.; gebunden in Leinwand — 50 Pf. Verlag der Germania, Alt.-Ges., Berlin O. Stralauer-Strasse 25.

Das bekannte Taschenbuch, dessen frühere Jahrgänge die Tausenden von katholischen Arbeitern ebenso liebe wie nützlich Ratgeber geworden sind, erscheint diesmal wiederum in verbesserter Form. — So ist das Kalendarium auf 64 Seiten vermindert und auf Schreibepapier gedruckt, wodurch das Buch für umfangreichere Notizen noch besser wie bisher gebraucht werden kann. — Neben dem übrigen Inhalt erwähnen wir nur: „Lebensweisheit in der Arbeit“; „Die Arbeitervereine als Ständevereine“; „Kultur und Kultur des Arbeiterstandes“; „Neues über Amerikas Aufstieg zur Selbsthilfe durch Versicherungsweisen“; „Der Arbeiter und die Arbeiterin“; „Volkserne und Arbeiter“; „Die christl. Gewerkschaften im Jahre 1907“; „Buchdruckerverband und gewerkschaftliche Neutralität“; „Die katholischen Arbeiter und die Interkonnessionalität“; „Vom Vereins- und Versammlungswesen“; „Sozialer Drehschüssel“; — Jeder katholische Arbeiter wird das Büchlein zum größten Nutzen gebrauchen können. — Der reiche und praktische Inhalt wird jeden befriedigen.

## Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Zum Laufe dieses Winters, in der Hauptsache in der Zeit von Weihnachten bis Mitte Januar, beabsichtigt unser Verband, in den ländlichen Gegenden mit starker Arbeiterbevölkerung eine intensive Agitationsstätigkeit entfalten. Die Kollegen, welche bei dieser Gelegenheit an einer Versammlung in ihrem Heimatort reflektieren, werden gebeten, ihre Heimatadresse unverzüglich, spätestens bis zum 15. Dezember, ihrem Bezirksleiter zu übermitteln. Später einkaufende Meldungen haben keine Garantie auf Berücksichtigung. Alles Nähere wird ihnen dann zeitig gesandt werden.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wiedeberg.

## Bekanntmachungen.

Die Verwaltungsstellenkassierer werden ersucht die Abrechnung bis spätestens 1. Januar fertigzustellen und einzuweisen.

Sämtliche noch vorhandenen Beitragsmarken, außer Eintrittsmarken, Lokalfonds- und Agitationsmarken sind bis zum 15. Januar einzulösen, da dieselben mit diesem Tage ihre Gültigkeit verlieren. Nichtständige Beiträge werden 1909 durch keine Beitragsmarken quittiert.

Weder die alten Beitragsmarken noch zurückgesandte sind zu werden neue nicht versandt.

Die Bezirksleiter werden ersucht, in den Verwaltungsstellen dahin zu wirken, daß obige Bestimmungen zur Durchführung gelangen.

Der Hauptvorstand: J. A.: Fr. Jacobi, Hauptkassierer.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 83 269, lautend auf Ferdinand Bahser, von der Zählstelle Herkelle a. d. Wefer; die Buch-Nr. 140 551, lautend auf Karl Weber, von der Zählstelle Köln; die Buch-Nr. 163 316, lautend auf Hubert Rehnert, von der Zählstelle Wendo; die Buch-Nr. 43 179, lautend auf Karl Schulz, von der Zählstelle Ortenschwidt.

## Achtung! Elberfeld-Barmen.

In der am 30. November stattgefundenen Konferenz für den Berg. Bezirk wurden in den Bezirksvorstand die Kollegen Julius Lerch und Eduard Krieger gewählt. Der Bezirkssekretär ist Kollege Klüppel-Barmen, Hof. Kirchstraße 9. Alle Beschwerden und Wünsche an das Sekretariat, angelegentlich Zählstellen sind an die Kollegen Julius Lerch-Elberfeld, Hlensburger Straße 59, zu richten. Der Bezirksvorstand. J. A.: Josef Freuß.

## Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

Die Kollegen Joseph Strud (Buch-Nr. 116 980), geb. 28. 3. 1868 zu Stahl; Heinrich Reinhardt I (Buch-Nr. 36 780), geb. 1. 10. 1854 am 26. Oktober 1854; Friedrich Reinhardt (Buch-Nr. 148 013), geb. zu Woddenhagen, werden ersucht, ihren Verpflichtungen der Zählstelle Wanne oder Gelsenkirchen gegenüber nachzukommen. Wenn dann werden denselben ihre Mitgliedsbücher zugesandt.

## Achtung! Fulda.

Sonntag, den 20. Dezember, nachm. 1 Uhr, findet in Fulda in der „Harmonie“, eine

## Konferenz

sämtlicher Verwaltungs- und Zählstellen der Kreise Fulda und Hünfeld statt. Jede Verwaltungs- oder Zählstelle (auch Winder-Zählstellen) hat mindestens einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten tragen die Lokalkassen. Mitglieder werden als Gäste eingeladen. Vorzeigen ihres Mitgliedsbuches gern zugelassen.

## Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand unseres Verbandes im hiesigen Bezirk.
2. Unsere Lohnbewegung in Fulda und Salzschlief in 1908.
3. Besprechung über die Winteragitation.
4. Verschiedenes.

Kollegen erscheinen pünktlich und pünktlich zu der Konferenz. Besonders sind die Kollegen von den Zählstellen, die der Verwaltungsstelle zu da anzufragen und im Sommer in Fulda, Salzschlief oder Umgegend arbeiten, eingeladen.

## Die Bezirksleitung

J. A.: Fritz Gasse, Frankfurt a. M., Schmurgasse 73.

## Achtung! Westhausen.

Am Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr findet im Verbandslokale unsere Generalversammlung statt. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Der Vorstand.